

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Schwerpunkthemen der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments in Straßburg, Juli 2011

1. Juli 2011

Polnische Ratspräsidentschaft

Tätigkeitsprogramm des
polnischen Ratsvorsitzes

Debatte am Mittwoch, 6. Juli

Rebecca Harms MdEP

Büro +33 3 881 75695

Hintergrund: Am 1. Juli übernimmt Polen die Präsidentschaft des Rats der Europäischen Union und wird im Plenum seine Prioritäten vorstellen. Darunter sind der weitere Umgang mit der Wirtschafts- und Währungs Krise im Euroraum, der mehrjährige Finanzrahmen der Europäischen Union sowie die Außen- und Sicherheitspolitik.

Grüne Position: Die Grünen fordern in der Wirtschafts- und Währungs Krise eine gemeinsame und solidarische Lösung der Mitgliedsstaaten: Gerade Griechenland muss jetzt sparen, braucht aber zugleich Finanzhilfen von den europäischen Partnern, eine geordnete Umschuldung sowie Investitionen in Grünes Wachstum. In der Diskussion des mehrjährigen Finanzrahmens für die EU unterstützen die Grünen Forderungen nach EU-Eigenmitteln, darunter vor allem die Finanztransaktionssteuer. Dass Polen die Klimapolitik nicht als Schwerpunkt der Präsidentschaft benennt, ist aus Grüner Sicht ein fatales Zeichen, allerdings auch wenig überraschend: So blockierte das kohleorientierte Land zuletzt Bestrebungen, das Emissionsreduktionsziel für 2020 zu erhöhen. Das behindert Investitionen in grüne Technologien in Europa, ist aber auch in Hinblick auf den Ende des Jahres in Südafrika stattfindenden internationalen Klimagipfel ein Problem - Europa entfernt sich immer mehr von seiner ursprünglich angestrebten Vorreiterrolle. In Bezug auf die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen die Grünen das polnische Vorhaben, die gemeinsame Nutzung bestehender militärischer Ressourcen in Europa ("pooling and sharing") voran zu bringen.

CO2-Emissionen

Bericht Bas Eickhout
(Grüne/EFA, Niederlande)

*"Verringerung der
Treibhausgasemissionen und
Risiko der Verlagerung von
CO2-Emissionen"*

Initiativbericht

Hintergrund: Der Bericht des Grünen Berichterstatters Bas Eickhout befasst sich mit der zukünftigen Klimapolitik der EU. Zentraler Bestandteil ist die Forderung, das CO2-Reduktionsziel der Europäischen Union für das Jahr 2020 anzuheben. Der größte Teil dieser Emissionsminderungen soll innerhalb der EU erbracht und ein bedeutender Teil der überschüssigen Emissionszertifikate aus dem Handel genommen werden, um einen stärkeren Anreiz für grüne Investitionen zu schaffen.

Grüne Position: Die jetzt im Plenum zur Abstimmung stehende Vorlage aus dem Ausschuss enthält Forderungen, die Emissionen in der EU um 25 Prozent zu senken und insgesamt, mit

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Debatte fand im Juni-Plenum
in Brüssel statt

Abstimmung am Dienstag, 5.
Juli

Rebecca Harms, MdEP

Büro +33 3 881 75695

den Möglichkeiten externer Klimamaßnahmen, das Emissionsminderungsziel auf 30-Prozent zu erhöhen. Zur Stärkung des CO₂-Preises im Emissionshandel sollen 1,4 Milliarden überschüssige Zertifikate aus dem Emissionshandel genommen werden. Es wird auch darauf hingewiesen, dass die Kosten der Tatenlosigkeit die Kosten des Handelns bei Weitem überschreiten und dass ambitionierte Gesetzgebung der Motor für Innovationen und Arbeitsplätze in einer zukunftsfähigen grünen Wirtschaft ist. Allerdings haben Konservative Abgeordnete Änderungsanträge eingebracht, die die Aussage des Berichts auf den Kopf stellen würden. Sie fordern lediglich ein freiwilliges 25%-Minderungsziel und sprechen sich gegen Korrekturen im Emissionshandel aus. Sollten diese Änderungsanträge eine Mehrheit bekommen, würden die Grünen gegen den Bericht stimmen.

Genveränderte Organismen (GVOs)

**Bericht Corinne Lepage (ALDE,
Frankreich)**

Ordentliche Gesetzgebung, 1.
Lesung

*"Den Mitgliedsstaaten
ingeräumte Möglichkeit, den
Anbau von GVO auf ihrem
Hoheitsgebiet zu beschränken
oder zu untersagen"*

Debatte und Abstimmung am
Dienstag, 5. Juli

Martin Häusling MdEP

Büro +33 3 881 75820

Hintergrund: Hintergrund des Berichts des Umweltausschusses zur Möglichkeit der Mitgliedsstaaten, den Anbau von GVO zu beschränken oder zu untersagen, ist ein Verordnungsvorschlag der EU-Kommission. Der Umweltausschuss sieht Lücken in diesem Vorschlag und fordert, dass die Mitgliedstaaten auch aus umweltpolitischen Gründen oder bei widersprüchlichen oder unzureichenden Datengrundlagen zum Anbau, den GVO-Anbau beschränken oder untersagen dürfen.

Grüne Position: Zum sehr schwachen Kommissionsvorschlag stellt der Bericht eine erhebliche Verbesserung dar. Die Grünen begrüßen, dass nun die Mitgliedsstaaten auch z. B. zwecks Erhalt der biologischen Vielfalt den Anbau untersagen dürfen. Die Grünen werden sich dafür einsetzen, dass bei der Plenarabstimmung keine Abschwächung zum jetzt vorliegenden Bericht stattfindet. Im Gegenteil, wir benennen noch weitere Aspekte und fordern beispielsweise, dass auch einzelne Regionen das Recht erhalten, über den Anbau von GVO zu entscheiden oder dass Mitgliedstaaten öffentliche Referenden in ihre Entscheidungsfindung zum Anbau mit einbeziehen können.

Lebensmittel- kennzeichnung

**Bericht Renate Sommer (EVP,
Deutschland)**

Ordentliche Gesetzgebung, 2.
Lesung

Hintergrund: Die Verordnung legt die Regeln für die Lebensmittelkennzeichnung fest und fasst damit zwei bestehende Richtlinien zusammen (2000/13/EC und 90/496/EEC). Es wird festgelegt, welche Informationen über Inhaltsstoffe in welcher Form auf der Verpackung dargestellt werden müssen. Das Parlament wird in zweiter Lesung nun über den Kompromiss, der zwischen Rat, Parlament und Kommission erreicht wurde, abstimmen.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



"Information der Verbraucher über Lebensmittel"

Debatte am Dienstag, 5. Juli

Abstimmung am Mittwoch, 6. Juli

Rebecca Harms, MdEP
+33 3 881 75695

Grüne Position: Die neue Gesetzgebung enthält viele Fortschritte für eine bessere Verbraucherinformation. So müssen in Zukunft die wichtigsten Nährwertangaben in übersichtlicher und vergleichbarer Form dargestellt werden. Für nicht weiter verarbeitetes Fleisch muss die Herkunft angegeben werden und auch irreführende Praktiken, wie der Zusatz von Wasser oder Proteinen zu Fleisch und Fisch oder Formfleisch oder -fisch müssen klar gekennzeichnet werden. Ein Grüner Erfolg ist auch die Kennzeichnung von Pflanzenölen, so dass in Zukunft kenntlich sein wird, in welchen Lebensmitteln Palmöl enthalten ist. Leider konnten sich die Grünen jedoch nicht mit den Forderungen nach Einbeziehung alkoholischer Getränke und der Platzierung der Nährwertkennzeichnung auf der Packungsvorderseite durchsetzen.

Regeln für die Europawahlen

Bericht Andrew Duff (ALDE, UK)

"Änderung des Akts zur Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments"

Debatte und Abstimmung am Donnerstag, 7. Juli

Gerald Häfner MdEP
Büro +33 3 881 75372

Hintergrund: Das Europaparlament soll europäischer werden: Künftig soll es bei den Wahlen zum Europaparlament auch europaweite Listen mit gemeinsamen Kandidaten für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger geben. Jeder wählt dann zusätzlich zu seinen nationalen Abgeordneten auch 25 Abgeordnete von gemeinsamen europäischen Listen. Das Parlament hat in diesem Bereich echtes Initiativrecht und kann den Rat direkt zur Mitentscheidung auffordern.

Grüne Position: Mit der Einführung von länderübergreifenden Wahllisten bekommen die europäischen Bürgerinnen und Bürger zum ersten Mal die Möglichkeit, wirklich europäisch zu wählen. Europaweite Wahllisten stärken den europäischen Charakter der Wahlen und sind ein wichtiger Schritt zu einem echten Europa der Bürger. Sie tragen dazu bei, Europa demokratischer und die Demokratie europäischer zu machen. Die Grünen haben das lange gefordert. Und nur die Grünen haben bisher wirklich geschafft, europäische Wahlkampagnen zu organisieren, während andere die Europawahlen noch immer für rein nationale Kampagnen und Themen missbrauchen. Bei der Abstimmung am Donnerstag wird sich erweisen, ob auch die anderen Parteien zu mehr europäischer Demokratie bereit sind.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament

Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)

www.gruene-europa.de



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Speicherung von Passagierdaten

Anfrage an die Kommission

*"Stand der Verhandlungen
mit den U.S.A., Kanada und
Australien"*

Montag, 5. Juli

Jan Philipp Albrecht MdEP

+33 3 881 75060

Hintergrund: Das EU-Parlament wird mit der Kommission über die Abkommen mit den USA, Kanada und Australien zur Weitergabe, Auswertung und Speicherung von Fluggastdaten diskutieren. Das Parlament hatte gefordert, diese neu zu verhandeln und den Datenschutz deutlich zu verbessern. Die Verhandlungen mit Australien und den USA sind seit kurzem vorläufig abgeschlossen. Die Abkommen enthalten weiterhin Speicherfristen von 5,5 Jahren (Australien) bzw. 15 Jahren (USA) und Passagier-„Profiling“, also die automatische Risikoeinstufung. Der juristische Dienst der Kommission hält das US-Abkommen aber für unvereinbar mit der EU-Grundrechtecharta. Gegen das Australien-Abkommen besteht derzeit eine Sperrminorität im Rat. Einen Vorschlag für ein EU-Passagierdatensystem haben der juristische Dienst des Rates sowie die EU-Grundrechteagentur kritisiert.

Grüne Position: Die Grünen lehnen solch eine flächendeckende Überwachung ab. Es ist bisher nicht belegt worden, dass dieser flächendeckende Grundrechtseingriff notwendig und verhältnismäßig ist. Die behördliche Speicherung der Daten von unverdächtigen Personen für bis zu 15 Jahre dürfte darüber hinaus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom März 2010 widersprechen. Danach kann eine Vorratsdatenspeicherung in noch weiteren Sektoren als der Telekommunikation schnell an eine absolute Grenze stoßen. Die Daten werden darüber hinaus für automatische Risikoanalysen verwendet. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2006 einer solchen Rasterfahndung enge Grenzen gesetzt. Die Abkommen stellen keine Verbesserung gegenüber den bestehenden Vereinbarungen dar und sind in der derzeitigen Form nicht akzeptabel. Vor jeglicher Ratifizierung muss der Europäische Gerichtshof die Abkommen prüfen.

Anlegerentschädigungen

Bericht Olle Schmidt (ALDE, Schweden)

*"Systeme für die
Entschädigung der Anleger"*

Ordentliches
Gesetzgebungsverfahren, 1.
Lesung

Debatte am Montag, 4. Juli

Hintergrund: Die EU-Kommission legte vor einem Jahr einen Vorschlag zur Änderung der Anlegerentschädigungsrichtlinie vor. Der Vorschlag sah eine Anhebung des gesicherten Betrages von 20.000 auf 50.000 Euro und eine Verpflichtung der Unternehmen, im Voraus Gelder für den Fall einer Pleite in einen Fonds einzuzahlen, vor. Im Wirtschafts- und Währungsausschuss wurde ein Kompromissvorschlag mit breiter Mehrheit angenommen, der eine Anhebung der Deckungssumme auf 100.000 Euro vorsah und den Kommissionsvorschlag zu einer ex-ante Finanzierung bekräftigte. Der letzte Vorschlag der ungarischen Präsidentschaft lautete auf eine Deckungssumme von 30.000 Euro, Minimalharmonisierung und eine reine ex-post Finanzierung. Dabei blockieren vor allem Deutschland, Frankreich, Großbritannien und die Niederlande bei der Frage der

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Abstimmung am Dienstag, 5.
Juli

Sven Giegold, MdEP
+33 3 881 75369

Situation in Syrien und im Jemen

Erklärung der Hohen
Vertreterin für Außen- und
Sicherheitspolitik

mit Resolution

Franziska Brantner MdEP
+33 3 881 75354

Finanzierung.

Grüne Position: Abgesehen davon, dass eine Deckungssumme von 30.000 Euro nicht einmal die Inflationsentwicklung seit der Festlegung der aktuellen Richtlinie berücksichtigt, ist die geforderte völlige Freiheit bei der Finanzierung des Entschädigungsfonds inakzeptabel. Die Grünen unterstützen deshalb den Vorschlag des Berichterstatters, die Position des Ausschusses im Juli-Plenum abzustimmen und auf eine Einigung in zweiter Lesung hinzuwirken.

Hintergrund: Das Parlament wird sich erneut mit der Situation in Nordafrika und dem Nahen Osten befassen. In Gegenwart von Catherine Ashton, der EU-Außenbeauftragten, werden die Abgeordneten insbesondere über die eskalierende Lage in Syrien diskutieren. Seit Beginn der Niederschlagung der Protestbewegung im März wurden über 800 Menschen getötet und rund 11.000 Menschen festgenommen. Rund 12.000 Syrer sind über die Grenze in die Türkei geflohen. Menschenrechtsorganisationen berichten unterdessen von systematischen Tötungen und systematischer Folter von Anhängern der Oppositionsbewegung durch das Regime von Präsident Baschar al-Assad.

Grüne Position: Die Grünen verurteilen in ihrem Resolutionsentwurf die brutale Repression des syrischen Regimes scharf und sprechen sich für eine Verweisung der Vorgänge an den Internationalen Strafgerichtshof aus. Gleichzeitig fordern sie, dass die EU den diplomatischen Druck auf Russland und China erhöht, damit diese nicht länger eine Verurteilung Syriens im Weltsicherheitsrat blockieren. Das syrische Regime fordern die Grünen auf, unverzüglich alle politischen Gefangenen freizulassen, den Ausnahmezustand effektiv aufzuheben und humanitären Organisationen ungehinderten Zugang zu den betroffenen Menschen zu gewähren. Die Grünen loben die Entscheidung der türkischen Regierung, ihre Grenze für syrische Flüchtlinge zu öffnen. Sie rufen zudem zu einer gemeinsamen diplomatischen Initiative von Türkei und EU zur Lösung der Krise auf.

Europagruppe GRÜNE

Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Europäischen Parlament
Herausgeber: Reinhard Bütikofer MdEP (V.i.S.d.P)
www.gruene-europa.de



Kohäsionspolitik ab 2013

Bericht Markus Pieper (EVP,
DE)

Initiativbericht

*"Bericht über den Fünften
Kohäsionsbericht der
Kommission und zur
Strategie für die
Kohäsionspolitik nach 2013"*

Debatte im Juni-Plenum

Abstimmung am Dienstag, 5.
Juli

Elisabeth Schroedter MdEP
+33 3 881 75234

Hintergrund: Dieser Bericht ist die Position des Parlamentes zur nächsten Förderperiode der Kohäsionspolitik nach 2013. Die Kohäsionspolitik macht etwa ein Drittel des EU-Haushaltes aus und hilft ärmeren Regionen, Entwicklungsrückstände aufzuholen. Im Herbst wird die Kommission ihre Vorschläge für die nächste Förderperiode vorlegen. Das Parlament hat dazu zum ersten Mal Mitentscheidungsrecht. Umstritten ist die neue Zwischenkategorie für Regionen mit einem BIP von 75-90% des EU Durchschnitts. Die Bundesregierung und der deutsche Berichtersteller sind dagegen, obwohl alle ostdeutschen Bundesländer davon profitieren.

Grüne Position: Die Grüne Europafraktion unterstützt diese neue Kategorie, weil sie Übergangsregionen und Krisenregionen nach transparenten Kriterien fördert und sie gleich behandelt. Bezüglich Klimaschutz und Ressourcen-Effizienz ist der Bericht eine Enttäuschung.

Mit den besten Grüßen,

Helmut Weixler

Pressesprecher
Fraktion Die Grünen/EFA
Mobil: +32 475-67 13 40
E-Mail: Helmut.Weixler@europarl.europa.eu

Paul Maximilian Alex

Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Europagruppe GRÜNE
Mobil: +32 495 40 23 28
E-Mail: paulmaximilian.alex@europarl.europa.eu